

Brücken bauen

Von Richard Gerster

Information ist Macht. Wissen wäre der Weg zum Wohlstand. Doch längst nicht alle haben gleichermassen Zugang zu den Medien. So spiegelt die Informations-Revolution die Gräben zwischen Süden und Norden, Arm und Reich, Land und Stadt, Frauen und Männern. Der erste Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS), der soeben in Genf zu Ende ging, konnte sich nicht über einen Mangel an brisanten Fragen beklagen. Statt jedoch begehbare Brücken über die Gräben zu bauen, hinterlässt die Konferenzdiplomatie eine chaotische Baustelle. Die Schweiz ist weiterhin gefordert.

Es ist kein Zufall, dass in Afrika von den modernen Informationstechnologien vor allem das Radio bei den Armen wirklich weit verbreitet ist. Lokale Stationen geben Antworten auf lokale Fragen. Die einheimische Sprache dominiert. Die Nutzung setzt keine formale Bildung voraus. Die Kosten sind niedrig. Batterien genügen. An zweiter Stelle folgt auf der Bedeutungsskala das Telephon. Allerdings gibt es in ganz Afrika weniger Anschlüsse als in New York. Doch hat das Handy in einer beispiellosen Aufholjagd die Zahl der Festnetzanschlüsse überrundet. Doch Handys sind ein Thema für die Mittel- und Oberschichten, kaum aber für die Armen. Und das Internet konzentriert sich weitgehend auf städtische Gebiete.

Von tausend Internet-Nutzenden leben 780 in den 30 reichen OECD-Ländern, aber nur zwei in den 49 ärmsten Ländern der Welt. Während ein typischer Internet-Nutzender in den USA dafür etwa ein Prozent eines Monatseinkommens aufwendet, entsprechen die Kosten in Bangladesh dem doppelten und in Madagaskar dem sechsfachen Monatseinkommen. Drei von vier Websites sind in Englisch, solche in lokalen Sprachen gibt es kaum. Global gesehen ist Deutsch auch eine Lokalsprache, so wie Telugu, Urdu, Gujarathi, Marathi – indische Idiome, welche jeweils von 50 – 100 Millionen Menschen gesprochen werden, im Unterschied zu Deutsch für das Internet aber nicht existieren. Ohne die eigene Sprache, ohne lokale Inhalte und

ohne lokale Beiträge verkommt das Internet aber zum Instrument eines neuen Kommunikations-Kolonialismus.

Wie erhalten indische Fischer Zugriff auf aktuelle, überlebenswichtige Wetterdaten? Ergreift die Regierung Massnahmen, wenn hohe Beamte auf einer Homepage der Bestechung bezichtigt werden? Wie können Frauen in Südafrika befähigt werden, die Gastzimmer in ihrem Dorf über das Internet ausländischen Touristen anzubieten? Statt sich mit derartigen für die arme Bevölkerung relevanten Fragen auseinander zu setzen, sehen die USA den Genfer Gipfel vor allem als Plattform, um mehr Computer zu vermarkten. Nicht nur Hardware und Infrastruktur, auch die Ausbildung der Leute und die Entwicklung von bedürfnisgerechter Software sind teuer. Die Entwicklungsländer schlagen deshalb einen globalen Fonds vor, um den Ausbau der Telekommunikation in Afrika, Asien und Lateinamerika zu finanzieren. Das wiederum lehnen die USA ab. In der Diplomatensprache wird nun ein Fonds auf freiwilliger Basis „geprüft“.

Die Interessenskonflikte reichen jedoch tiefer. Das schweizerische Bundesgericht, der Kanton Solothurn, und viele weitere Anwender haben den Schritt weg von Microsoft und Apple hin zu „Open Source“ Software (GNU/Linux) gewagt. Charakteristisch dafür sind die Freiheiten, das Programm frei zu benutzen, den Quellcode zu ändern, und Kopien weiterzuverbreiten. Länder wie Südafrika, Vietnam, China und Indien nutzen Open Source Software, weil sie Anpassungen an lokale Bedürfnisse erlaubt, viel billiger ist, die Abhängigkeit von US-Firmen verringert, und keine Barrieren für die eigenen Informatiker errichtet, sondern deren Ausbildung und Arbeitsplätze im Lande stärkt. Diese Errungenschaften werden nun vom künftigen Ausbau des Patentrechts für Software bedroht. Software-Patente behindern Entwicklungspolitik und Erfindergeist, statt der Vision einer freien Informationsgesellschaft für alle zum Durchbruch zu verhelfen. Der Schlusserklärung des WSIS ist das Thema jedoch nur einige belanglose Zeilen Wert.

Die chinesische Zensur filtert das Internet mit Schlüsselbegriffen wie „Demokratie“ oder „Falun“, um unliebsame politische Inhalte von den Bürgerinnen und Bürgern fernzuhalten. Weltoffene Informationsseiten wie jene der BBC sind gänzlich blockiert. Entsprechend widersetzte sich China der Forderung, in der Schlusserklärung der

Konferenz einen Hinweis auf die Meinungsfreiheit aufzunehmen. Nach langem Seilziehen werden nun doch Meinungsfreiheit und Menschenrechte als entscheidende Grundlagen einer Informationsgesellschaft anerkannt. Bis das im Alltag für Dissidente in autoritären Regimes spürbar wird, dürfte noch ein weiter Weg sein.

Die Schweiz spielte am Genfer Gipfel eine aktive Gastgeber-Rolle. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Bundes will die modernen Informationstechnologien in den Dienst von Armutsbekämpfung und Entwicklung stellen. In diesem Sinne organisierte sie parallel zur Konferenz eine vielbeachtete Plattform mit Ausstellung, Marktplatz und Symposien. Das federführende Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) wiederum vermittelte erfolgreich im Hinblick auf einen Konsens-Text aller 174 teilnehmenden Länder. Zwar lässt der Text viele Wünsche offen. Doch erstmals fand eine breite öffentliche Diskussion zu Fragen der Informationsgesellschaft statt. Für den November 2005 ist in Tunesien die nächste Etappe des WSIS programmiert. Es gilt, die Zeit bis dahin zu nutzen, um tragfähige Brücken über den digitalen Graben zu bauen.

Richard Gerster, Dr. oec., (Richterswil), hat an der Universität St. Gallen Wirtschaftswissenschaften studiert. Er war Geschäftsleiter bei der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke. Seit 1998 arbeitet er im Rahmen seiner eigenen Firma Gerster Consulting als Berater und Publizist. Unter anderem hat er „Globalisierung und Gerechtigkeit“ (hep-Verlag, Bern 2001) verfasst. Seine Publikationen zu Informations- und Kommunikationstechnologien im Dienste der Armutsbekämpfung sind in englischer Sprache abrufbar auf www.gersterconsulting.ch.